

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badener Tagblatt. 1896-1948 1947**

93 (21.11.1947)

# BADENNER TAGBLATT

Zeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur

NR. 93

A. B. L. B. C.

FRETTAG, 21. NOVEMBER 1947

B. B. O. W. L. E.

PREIS 20 PFENNIG

## Eine Regierung der „dritten Kraft“

Léon Blum bildet das neue französische Kabinett

PARIS — Die in den letzten Tagen immer schärfere Krise der Regierung Ramadier hat nun doch zum Rücktritt des gesamten Kabinetts geführt. Der Präsident der Republik, Vincent Auriol, hat zur Gewinnung einer neuen Regierung mit mehreren führenden politischen Persönlichkeiten eingehende Besprechungen gehabt. Schließlich kristallisierten sich diese Besprechungen um den Sozialisten Léon Blum und den rechtsstehenden ehemaligen Ministerpräsidenten Paul Reynaud. Die Verhandlungen haben in den letzten Stunden dazu geführt, daß mit Sicherheit anzunehmen ist, daß Léon Blum, der die Forderung einer Regierung der „Dritten Kraft“ aufstellte, mit der Kabinettsbildung betraut und dieselbe auch durchführen wird.

Es ist wahrscheinlich, daß Paul Reynaud in dem neuen Kabinett eine wichtige Rolle, vermutlich als Finanzminister spielen wird. Bei der Bedeutung der auf die Erhaltung der Währung abzielenden Finanzmaßnahmen dürften folgende Punkte, die aus einem Programm Reynaud bekannt werden, in den Vordergrund treten. Goldkäufe durch die Banque de France bei Privaten zu höheren als den offiziellen Kursen; Amnestie für diejenigen, die bisher ihre Kapitalien im Ausland verborgen, wenn sie diese nach Frankreich heimzuführen; liberale Kreditgewährung für private Unternehmungen, während in der letzten Zeit nur nationalisierte Betriebe Kredite durch die Banque de France erhielten. Reynaud ist der Ansicht, daß diese Maßnahmen zu starker Vermehrung des Gold- und Devisenbestandes führen würden, wodurch es möglich wäre, die Einfuhr von Lebensmitteln beträchtlich zu steigern, was eine Basis der jetzt gültigen Preise zur Folge haben müßte.

Inzwischen habe sich die Streikbewegung auf die wichtigsten Betriebe der Wirtschaft ausgedehnt. In den Departements Norden und Pas-de-Calais streiken von 134 000 Arbeitern 60 Prozent, und es ist nicht ausgeschlossen, daß auch die bisher Arbeitswilligen diesem Beispiele folgen. In der Gegend von Paris stellten 200 000 Metallarbeiter die Arbeit ein, insbesondere in fast sämtlichen Automobilfabriken. Der Streik der Lehrer beginnt am 21. November. Die Beamten wollen einstweilen abwarten, ob sie den Streikbeschluss fassen wollen, bis die Regierung ihre Beschlüsse wegen Neueinstufung der Beamten bekanntgegeben haben wird. Der Streik der Müller dauert fort. In Paris konnten einige Bäckereien nicht geöffnet werden, weil es ihnen an Mehl fehlt.

**Saargebiet im französischen Postverkehr**  
PARIS — Ein im „Journal Officiel“ erscheinender Erlaß bestimmt, daß die Zulassungsbedingungen für die verschiedenen Postarten auf die Postverbindungen zwischen Frankreich und dem Saargebiet ausge-

dehnt werden. Die Telegraphen- und Telefongebühren von Frankreich nach dem Saargebiet entsprechen denen des innerfranzösischen Dienstes.

### Veto-Frage ohne UdSSR

LAKE SUCCESS — Die amerikanische Resolution, in der die Veto-Frage an die „kleine Versammlung“ zurückverwiesen worden ist, fordert die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates auf, gemeinsam diese Veto-Frage zu prüfen, um zu einer Einigung über zweckmäßige Maßnahmen zu kommen, damit im Sicherheitsrat die schnelle und wirksame Durchführung der Aufgaben gewährleistet wird. Die UdSSR-Vertretung betonte im Verlaufe der Sitzung des politischen Ausschusses zum dritten Male, daß sie sich niemals damit einverstanden erklären wird, an einer Diskussion teilzunehmen, „deren geheimes

Ziel es ist, das Veto-Recht der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates aufzuheben.“

Diese dreitägigen Debatten standen im Zeichen heftiger Angriffe der slawischen Länder gegen die Mehrheit „auf Befehl der USA“. Der isländische Delegierte, Thors, gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß die „Vertreter des slawischen Blockes, die immer gemeinsam abstimmen, den ändern ein Beispiel ihrer Unabhängigkeit geben wollen“. Ohne Teilnahme der UdSSR und damit also auch ohne Aussicht auf eine erfolgreiche Lösung, da die Charta ja die einstimmige Zustimmung der 5 Großmächte fordert, bevor sie abgeändert werden kann, wird die „kleine Versammlung“ also im nächsten Jahre die Veto-Frage erörtern.

### Nimitz abgelöst

WASHINGTON — Präsident Truman gab bekannt, daß der Oberbefehlshaber der amerikanischen Pazifikflotte, Admiral Louis Denfeld, an die Stelle von Admiral Chester Nimitz zum Flottenchef ernannt wurde.

## London im Hochzeitsstau

LONDON — Gestern hatte London seinen großen Tag. Prinzessin Elizabeth von England und Leutnant Philipp Mountbatten begaben sich unter den Huldigungen der begeistertsten Menge vom Buckingham Palace zur Westminsterabtei, um in dem historischen Gebäude Londons den Bund für das Leben zu schließen. Dem Ereignis gingen in den letzten Tagen und Wochen mit gespannter Erwartung freudige Vorbereitungen voraus.

Aber nicht nur das Volk hatte sich auf die Zeremonien vorbereitet. Der englische Hof und viele ausländische Regierungen hatten ihre Vorkehrungen getroffen. Umfangreich waren die Maßnahmen des englischen Hofes, um dem bedeutsamen Vorgang die volle Würde und Dezenz zu verleihen. Der englische König hatte Mitte November Prinzessin Elizabeth mit dem Hosenband-Orden ausgezeichnet, den von Frauen nur Queen Mary und Königin Wilhelmine von Holland tragen. Um die Feierlichkeit des Hochzeitszuges zu wahren, wurden die Pferde der Karossen an die Begleitmusik gewöhnt, damit sie ja nicht „aus der Reihe tanzen“. Es soll außerdem ein Offizier die Länge des Wegs vom Buckingham Palace bis zur Westminsterabtei ausgemessen haben, um die Dauer des Zuges errechnen zu können. Als Earl Mountbatten, der Generalgouverneur von Indien, in England ankam, gab er der allgemeinen Stimmung Ausdruck, indem er sagte: „Wir sind alle sehr aufgeregt und sehen unaufrichtig der Hochzeit entgegen.“

Ähnliche Aufregung muß in italienischen Kreisen geherrscht haben. „Giornale d'Italia“ berichtete, daß von dem italienischen Hochzeitsgesandten, 200 Metern weißer Seide, in ununterbrochener Nacharbeit das Hochzeitsgewand der Prinzessin gearbeitet wurde. Auch das Londoner Clarence Haus wurde von der voll Eifer geladenen Atmosphäre erfaßt. Die ersten Vorkehrungen wurden getroffen, um dieses Haus als Wohnsitz des jungen Paares neu herzurichten. Man vermutet, daß dieses im Jahre 1825 erbaute Gebäude in der Nähe des St. James' Palace die neuen Bewohner nicht vor einem Jahre aufnehmen wird.

Prinzessin Elizabeth nahm die vielen Geschenke, u. a. auch die des britischen Heeres und der Marine, entgegen und empfing in St. James Palace 2500 Gäste, wobei die Hochzeitsgeschenke öffentlich zur Schau gestellt wurden. Am dem großen Empfang im Buckingham-Palast nahmen über 1200 Gäste, darunter vier Könige und vier Königinnen, teil. Das englische Königspaar empfing die Gäste. Zum ersten Male seit dem Kriege glänzten im Ballsaal die Orden und rauschten die Seidenkleider. Draußen aber wartete trotz der starken Kälte eine ansehnliche Menge, um die Auffahrt der Besucher und ihren Einzug in den Palast mitzuerleben.

Ein in der Pariser Damenwelt bekannter Friseur war im Flugzeug nach London abgereist, um den weiblichen Hofstaat der Prinzessin Elisabeth und vielleicht auch die Prinzessin selbst für die Hochzeitsfeierlichkeiten zu frisieren. Meister „Figaro“, von großem Gefolge begleitet, sagte bei seinem Abflug aus Paris, daß er diesmal noch vertrauensvoller nach London fliege als damals zur Hochzeit des Herzogs von Windsor.

## Immer noch keine Einigung in London

Konferenz der Stellvertreter in einer Sackgasse

LONDON — Die Außenminister-Stellvertreter waren bis Dienstag bei ihren Besprechungen über vier Fragen der Tagesordnung zu einer Übereinstimmung gelangt: 1. die vorläufige politische Organisation Deutschlands, 2. das Verfahren für die Festlegung des Friedensvertrages, 3. der Bericht der Kommission über den österreichischen Vertrag, 4. die wirtschaftlichen Prinzipien, die in Deutschland angewandt werden sollen.

Es bleiben somit in der Schwebe: Die Behandlung des Byrnes-Vertrages für die Entwaffnung und Entmilitarisierung, die Frage der Grenzen Deutschlands und der Bericht des Kontrollrates in Berlin.

Nach der Dienstagsitzung befindet sich die Konferenz vollständig in einer Sackgasse. Die Delegierten konnten über die Tagesordnung der Konferenz der vier Außenminister zu keiner Einigung gelangen. Zwei Vorschläge liegen zur Zeit vor: der der Sowjetdelegation und der, dem die drei anderen Delegationen zugestimmt haben.

In einer neuerlichen Sitzung konnten sich die Sonderbeauftragten wieder nicht über den Bericht an die vier Außenminister über die Tagesordnung für in der nächsten Woche beginnenden Konferenz

einigen. Es werden nunmehr die beiden Vorschläge den Außenministern vorgelegt werden.

### Clay sieht nur Teillösungen

FRANKFURT — „Das deutsche Volk ist der Ansicht, daß die Beschlüsse, die auf der Londoner Konferenz gefaßt werden, eine Erleichterung seiner wirtschaftlichen Notlage herbeiführen werden. Deshalb besteht die Gefahr, daß ein Scheitern der Vierer-Verhandlungen in diesem Lande eine katastrophale Wirkung haben würde“ erklärte General Clay im Verlauf einer Pressekonferenz in Frankfurt. „Die ideale Lösung, die darin bestünde, die gesamten deutschen Reserven zu konzentrieren, um damit ganz Deutschland zu nützen, ist leider unmöglich. Wir können nur Teillösungen finden“, so fuhr der Militärgouverneur der US-Zone fort, der bei dieser Gelegenheit an die Grundzüge des für die Bizone vorgesehenen wirtschaftlichen Wiederaufbauprogrammes erinnerte. Hinsichtlich der Notwendigkeit, den Export zu steigern, betonte der General u. a., daß in Anwendung des Planes für die Reorganisation der Industrie der Bizone im Jahre 1951 ein Ausfuhrüberschuß von 2 Milliarden Dollar erreicht werden soll.

## Schumacher zur nationalen Repräsentation

BERLIN — „Die SED ist als Quisling-Partei zu betrachten, die niemals an einer deutschen Vertretung teilhaben kann. Die SPD lehne alle Versuche zur Bildung einer nationalen Repräsentation ab, weil die Funktionäre der SED nicht gewählt, sondern ernannt würden“, erklärte Dr. Schumacher auf einer Pressekonferenz am Sonntag. Dr. Schumacher betonte, daß eine nationale Repräsentation nur dann Sinn habe, wenn sie von Vertretern der Parteien, nicht aber den Ministerpräsidenten gebildet würde. Eine solche gesamtdeutsche Vertretung, in der die Parteien volle Handlungsfreiheit besitzten, sei von der SPD bereits 1945 gefordert worden.

## Trumans Botschaft an den Kongreß

597 Millionen für Soforthilfe und scharfe Maßnahmen gegen die Inflation gefordert

WASHINGTON — Präsident Truman wurde zu Beginn seiner Rede vor dem amerikanischen Kongreß von den Abgeordneten herzlich begrüßt. In seiner Botschaft forderte der Präsident das amerikanische Parlament auf, Frankreich, Italien und Österreich eine dringende Soforthilfe zu gewähren und zu diesem Zweck einen Kredit in Höhe von 597 Millionen Dollar zu bewilligen. Für Frankreich sind davon 328 Millionen Dollar vorgesehen. Truman betonte, daß der Einfluß der USA in der ganzen Welt die in der Geschichte einmalig dastehende, Gelegenheit gäbe, so zu handeln, daß Männer und Frauen in allen Nationen sich von den Schatten der Furcht und des Krieges freimachen und Friede und Freiheit finden könnten. Künftige Kriege könne man am besten dadurch verhindern, daß man an der Unabhängigkeit und am Wohlergehen aller Nationen arbeite. Der Entschluß der Vereinigten Staaten, ihren Beitrag zur Wiedergesundung Europas zu leisten, sei unwiderruflich.

Der Präsident entwickelte weiter ein Programm für Amerika, das sich gegen die drohende Inflation wendet. Truman hält drei Maßnahmen für erforderlich: 1. Einschränkung der mißbräuchlichen Verwendung von Krediten, 2. Verteilung der nationalen Hilfsquellen, um diese möglichst nutzbringend auszuwerten, 3. Preiskontrolle gewisser Produkte.

Präsident Truman schloß seine Ansprache mit den Worten, die Freiheit stehe auf dem Spiel und nur eine vorläufige Hilfe für bestimmte Länder Westeuropas und ein Programm zur Eindämmung der Inflation in den USA könne das Wohlergehen

## Zusammenarbeit CSU-SED?

MÜNCHEN — Wie in München bekannt wird, hat Dr. Joseph Müller Verhandlungen mit Abgesandten der SED geführt. Von Seiten der SED-Vertreter wurden Vorschläge für eine Zusammenarbeit zwischen der CSU und der SED unterbreitet. Die Verhandlungen haben dem Vernehmen nach zu keinem abschließenden Ergebnis geführt. Die Stellungnahme der CSU ist offen. Ein Dementi Dr. Müllers über die Tatsache der Verhandlungen ist nicht erfolgt. Dr. Müller ist gleichzeitig Landesvorsitzender der CSU und stellvertretender Ministerpräsident und als solcher mit den internationalen Beziehungen betraut.

### Neuregelung für Schwerarbeiterkarten

FREIBURG — Das badische Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft teilt mit: Für den Monat November 1947 erhalten sämtliche Empfänger von gewerblichen Zulagen der Gruppe 1-4 außer den Schwerarbeiterkarten die Zusatzkarte A. Die Zusatzkarte A wird außerdem an eine Anzahl von Arbeiter und Angestellte bestimmter Betriebe ausgeben. Die auf den Schwerarbeiterkarten vorgenommene Brotkürzung wird durch die Gewährung der Zusatzkarte A wieder ausgeglichen, sodaß die Brotration der Schwerarbeiterkartenempfänger unverändert bleibt.

Da für Oktober 1947 die Zusatzkarte 0 rückwirkend ausgeben wird, können die in Frage kommenden Betriebe noch nachträglich Anträge beim Gewerbeaufsichtsamt Donaueschingen stellen. Für den Monat November tritt anstelle der Schwerarbeiterkarte 0, wie oben bemerkt, die Zusatzkarte — (siehe auch die Bekanntmachung des bad. Ministeriums der Wirtschaft und Arbeit — Direktion Arbeit — vom 11. 11. 1947) in Kraft.

### Aussiedlung der letzten Ostpreußen

epd BERLIN — In Königsberg u. Umgebung sind nach einer Mitteilung von Pfarrer Link-Königsberg etwa 17.000 Deutsche zum Abtransport nach Deutschland registriert worden. Zur Beschleunigung des Abtransportes kann von kirchlicher Seite wenig geschehen. Nur bei alten und arbeitsunfähigen Leuten läßt sich eine beschleunigte Umsiedlung in einer der vier Besatzungszonen erreichen. Das Zentralbüro Ost des Evangelischen Hilfswerks in Berlin W 15, Lietzenburger Straße 36, erteilt „Auskünfte“.

### Die deutsche Kohlenbergbauleitung

ESSEN — Eine deutsche Kohlenbergbauleitung, wurde hier gebildet und übernahm mit sofortiger Wirkung die bisherigen Funktionen der norddeutschen Kohlenkontrolle, die damit aufgelöst ist. Die Errichtung der Deutschen Kohlenbergbauleitung wurde von Zivilgouverneur William Asbury durch Verlesen einer gemeinsamen britisch-amerikanischen Erklärung feierlich vollzogen. Zum Generaldirektor der deutschen Kohlenbergbauleitung wurde Heinrich Kost ernannt. Die neue Bergbauleitung wird unter der Kontrolle und Aufsicht einer gemischten britisch-amerikanischen Kohlenkontrollgruppe für die Kohlenherzeugung und Verteilung verantwortlich sein. Ein „Deutscher Kohlenindustrieverrat“ aus sechs Vertretern der Industrie und sechs Vertretern der Bergbauergewerkschaften wird ihm beratend zur Seite stehen. Ferner soll innerhalb des Wirtschaftsrates eine neue Abteilung gegründet werden, die ermächtigt sein wird, bestimmte Anweisungen im Zusammenhang mit der Braun- und Steinkohlen-Industrie zu erlassen.

Die Eigentumsverhältnisse, denen die Gruben als nach Gesetz Nr. 52 beschlagnahmt unterliegen, bleiben unverändert. Die Verteilung und Festsetzung der Exportmengen erfolgt nach den Richtlinien der Kontrollgruppe.

und die Sicherheit der amerikanischen Nation gewährleisten.

Die Forderung einer Kontrolle über die Preise und die wesentlichen Produkte, insbesondere Nahrungsmittel, hat in Washington wie eine Bombe eingeschlagen. In den Gesprächen trat das Hauptobjekt der Truman-Botschaft, nämlich die Soforthilfe, gegenüber den vorgesehenen außergewöhnlichen Gesetzesmaßnahmen in den Hintergrund. Die große Mehrheit der Republikaner hat Truman nach Beendigung seiner Rede ostentativ keinen Beifall gespendet.

Senator Robert Taft, einer der bedeutendsten Vertreter der republikanischen Mehrheit im Parlament, unterwarf in einer Rundfunkansprache die Vorschläge des Präsidenten über eine Preis- und Lohnkontrolle sowie die Rationierung verschiedener Produkte einer heftigen Kritik und erklärte, der Präsident wolle zum Kriegswirtschaftssystem zurückkehren. Auch der Vorsitzende der AFL, William Green, sprach sich gegen diese Kontrollmaßnahmen aus. Wie der Sekretär Trumans, Charles Ross, erklärte, scheint die amerikanische Öffentlichkeit die Botschaft indessen günstig aufgenommen zu haben.

In Frankreich nebt man besonders die Tatsache hervor, daß der Präsident entschlossen ist, das Hilfswerk für Europa unter allen Umständen durchzuführen. Wirtschaftliche und finanzielle Kreise in London kommentieren die Rede sehr günstig. Allgemein ist man der Meinung, daß Truman außergewöhnlichen Mut bewiesen hat.

## Ein süddeutscher Bundesstaat in Sicht?

Der badische Staatspräsident in Tübingen und München

MÜNCHEN — Der Staatspräsident von Baden, Leo Wohleb, hatte, wie erst jetzt bekannt wird, am Freitag mit Ministerpräsident Dr. Ehard eine Aussprache, an der auch Staatsminister Dr. Pfeiffer, der Chef der bayerischen Staatskanzlei, teilnahm. Im Zusammenhang mit dieser Aussprache dürfte ein Besuch stehen, den Staatspräsident Wohleb am gleichen Tage dem südwürttembergischen Staatspräsidenten Bock in Tübingen abgestattet hat.

Offiziell wurde über die Besprechung kein Kommuniqué ausgegeben. Wie Südena jedoch von unterrichteter Seite erfährt, soll in erster Linie die Einleitung von Verhandlungen über die zukünftige deutsche Bundesverfassung beraten worden sein. Außerdem soll über die neue Ministerpräsidentenkonferenz gesprochen worden sein, nachdem die Bemühungen des Generalsekretärs des

Länderrates in Stuttgart, Erich Rossmann, bei den norddeutschen Staaten auf Widerstand gestoßen sind. Staatsminister Pfeiffer gilt als Experte der bayerischen Regierung in Verfassungsfragen. Bezeichnend ist, daß bei der Besprechung Wohleb-Ehard, Dr. Joseph Müller, der bayerische Justizminister und gleichzeitig mit der Regelung der internationalen Beziehungen beauftragt, nicht zugezogen wurde. Er befand sich zu diesem Zeitpunkt bei einer Besprechung in Frankfurt a. M. Wenn man auch über das Thema der Gespräche im einzelnen nicht unterrichtet ist, so liegt doch die Vermutung nahe, daß man sich bei einem Mißerfolg der Londoner Konferenz mit der Frage beschäftigen dürfte, in welcher Form süd- und südwestdeutsche Länder in einem föderativen Bundesstaat ein wirksames Gegengewicht gegen die norddeutschen Länder bilden könnten.

# Am Ende der Prager Koalition?

### Lausmann anstatt Fierlinger in der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei

PRAG — Der Vorsitzende der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei, Fierlinger, sprach im Rahmen des sozialdemokratischen Parteitagess über die Beziehungen seiner Partei zu den Kommunisten. Nach Fierlingers Ansicht müsse die sozialdemokratische Partei mit der kommunistischen Partei bei der Werbung der Arbeitermassen zwar in Wettstreit treten, dürfe aber nicht gegen diese arbeiten. Antikommunismus lehnte der Redner ab. Über den Marshall-Plan sagte Fierlinger, die Diskussionen hätten bewiesen, daß die politischen Bedingungen des Planes mit der Souveränität der Staaten, die an ihm teilhaben würden, unvereinbar seien.

In einer Resolution der tschechoslowakischen Sozialdemokratie wurde hervorgehoben, das Interesse der Arbeiterklasse, der Demokratie und des Sozialismus sowie die Interessen der Republik erforderten kategorisch, daß die Sozialdemokratie als absolut unabhängige Partei weiterexistiere. Durch Abtötung wurde Fierlinger in der Leitung der Partei durch den Industrieminister Lausmann abgelöst. In maßgeblichen politischen Kreisen erklärt man dazu, daß die persönliche Ausrichtung Lausmanns weit weniger „östlich“ sei als die seines Vorgängers. Er vertrete die Ansicht, der Sozialismus brauche nicht zwangsläufig auf die Gebiete östlich der Linie Stettin-Triest beschränkt zu sein.

Fierlinger, der nicht wiedergewählte bisherige Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei wurde von der Parteiführung gebeten, seinen Posten als stellvertretender Ministerpräsident beizubehalten. Es ist noch unbekannt, ob sich Fierlinger einverstanden sein wird, im Kabinett der Vertreter der Partei zu bleiben, die ihn absetzte. Lausmann beabsichtigt, den Industrieministerposten aufzugeben.

## In eigener Sache.

BADEN-BADEN — Die „Südener“ verbreitet am 19. 11. 1947 folgende Meldung: „Zu der Meldung des „Badener Tagblatts“, der Polizeidirektor von Baden-Baden, Bargatzky, habe gegen den zuständigen Redakteur der Zeitung Strafanzeige wegen übler Nachrede“ erstattet, teilt der Polizeidirektor mit, daß noch keine Strafanzeige erfolgt ist. Das Ermittlungsverfahren in der Angelegenheit, die vom „Badener Tagblatt“ kommentiert wurde, ist z. Zt. in Gang.“

Dazu stellen wir fest:

1. Das in der Meldung der „Südener“ erwähnte Ermittlungsverfahren richtet sich nicht gegen die Redaktion des Badener Tagblatts, sondern betrifft den Vorfall, bei dem Bahnpolizei in Offenburg gegen Landespolizei einschritt.

2. Im Widerspruch zu der oben wiedergegebenen Meldung der „Südener“ ist dem Chefredakteur des „Badener Tagblatts“, schon bei seiner Vernehmung am 6. Nov. 1947 durch den Beamten der Kriminalpolizei, Ellinger, amtlich eröffnet worden, daß gegen ihn die Strafanzeige wegen übler Nachrede gemäß § 186 R.St.B. ergangen ist.

## Kurze Nachrichten

PARIS — Pierre de Gaulle, der Bruder General de Gaulles, wurde mit 51 Stimmen zum Präsidenten des Pariser Stadtrates gewählt.

BERLIN — Rund 2,7 Millionen Mark wurden bisher im Durchgangslager Gronenfelde auf Grund des Befehls Nr. 178 der sowjetischen Militärverwaltung vom 16. Juli dieses Jahres in Einzelbeträgen als einmalige Beihilfe von 50 Mark an jeden aus der Sowjetunion entlassenen Kriegsgefangenen ausbezahlt.

HAMBURG — Dr. Kurt Schumacher ist, einer Einladung der schwedischen sozialdemokratischen Partei Folge leistend, nach Stockholm abgeflogen.

HASLACH I. K. — Das 80 Meter unter der Erde liegende „Vulkanwerk“, das den Daimler-Benzwerken in der letzten Phase des Krieges als Fabrikationsstätte hätte dienen sollen, wurde mit insgesamt 66 Tonnen Sprengstoff gesprengt.

# Schweden vor harten Tatsachen

HOK — Ein Besucher, der vor einigen Tagen aus Schweden zurückkehrte, zeigte Bestürzung über die umwälzenden Maßnahmen, die in Stockholm angeordnet worden sind. Er wies darauf hin, daß die äußere Fassade heute vielleicht noch glänzender sei als vor Jahren und daß der Besucher, der zum ersten Mal die lichtvolle Stadt aufsuche, geneigt sei zu glauben, dort das Paradies entdeckt zu haben. Das Land an der europäischen Peripherie steht in diesen Tagen noch vor der peinlichen Tatsache, die Konsequenzen aus einem parteipolitischen Experiment ziehen zu müssen. Der sozialistische Ministerpräsident Erlander hat in seiner letzten großen Rede den Notstand des Landes in schwärzesten Farben geschildert und hingewiesen auf den Mangel an Dollars, die Störung der Zahlungsbilanz und die Inflationsgefahr. Trotz größter Sparsamkeit müsse Schweden im kommenden Jahr aus Amerika für 500 Millionen Dollar mehr Waren kaufen als es dorthin exportieren könne. Wörtlich erklärte Erlander: „Wir stehen vor ganz neuen Problemen, mit denen die schwedische Wirtschaft nie zuvor zu kämpfen gehabt hat.“

Das politische Gesicht der Ostsee hat seit 1945 eine grundlegende Veränderung erfahren. Atlanten des Jahres 1938 verzeichneten noch Litauen, Lettland, Estland, den freien Staat Danzig und das Deutsche Reich, alles Gebilde, die heute zu Objekten der Weltpolitik wurden, genau so, wie man dies von Polen und Finnland behaupten darf. Die einstmalige günstige Konstellation für Schweden ist zerbrochen. In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen war die Ostsee eine handelspolitische Drehscheibe. Deutschland bildete ein bequemeres

um sich völlig der Leitung und Entwicklung der Partei zu widmen.

Das kommunistische Blatt „Rude Prave“ schrieb zu der Absetzung Fierlingers: „Die Arbeiter merken sehr wohl, daß die Ausbootung Fierlingers die Partei eines Mannes beraubt hat, der die Einheit aller sozialistischen Kräfte gegen die Reaktionen und Unruhestifter anstrebt.“

### Tito beabsichtigt Besuch in Sofia

SOFIA — Der bulgarische Innenminister Jugoff kündigte auf einer Sitzung des Komitees der Vaterländischen Front an, daß Marschall Tito an der Spitze einer jugoslawischen Regierungsdelegation sehr bald nach Bulgarien kommen werde. Er fügte hinzu, daß der Allianz-, Freundschafts- und gegenseitige Beistandspakt zwischen den beiden Ländern, dessen Bestimmungen bei dem Belgrader Besuch

# Die Plädoyers der Verteidiger in Rastatt

### Heute Urteilsverkündung im Rastatter KZ-Prozess

RASTATT — Bei den Plädoyers der Verteidiger in dem Rastatter KZ-Prozess kamen eine Reihe beachtlicher Gesichtspunkte zutage. So wiesen unter anderem der Rechtsanwalt Dr. Kurth bei der Verteidigung seines Klienten Lautenschlager, des ehemaligen Lagerführers von Vaihingen, nach, daß die wahre Zahl der Toten dieses Lagers, die von der Anklagebehörde mit über 1600 beziffert wurde, bis heute von niemandem festgestellt werden konnte, da bis jetzt von keiner Seite Untersuchungen der Massengräber vorgenommen worden seien. Nach seiner Berechnung beläuft sich die Zahl der Opfer auf etwa 700. Für Dr. Dischmann, den schwerbelasteten ehemaligen Lagerarzt in Vaihingen, wurde geltend gemacht, daß er ein Gegner des Nationalsozialismus und der SS gewesen sei; letztere habe gegen ihn einen Vergiftungsversuch mit Strychnin unternommen, Rechtsanwalt Dr. Ludwig, ein ehemalig rassistisch Verfolgter, gab zu bedenken, daß es auch in diesem Prozess nicht gelungen sei, die wahren Mörder und Verantwortlichen für die KZ-Verbrechen auf die Anklagebank zu bringen. Er wandte sich besonders gegen die von der Staatsanwaltschaft behauptete Kollektivschuld aller ehemaligen KZ-Wachmannschaften und focht wie etliche seiner Kollegen Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit einiger Zeugen an. Für die Angeklagten, für welche die Anklagebehörde eine Todesstrafe beantragt hatte, plädierte die Verteidigung auf Freiheitsstrafen, für einige andere auf Freispruch.

In ihren Schlußworten schlossen sich die meisten der Angeklagten den Ausführungen ihrer Verteidiger an. Lautenschlager, der 1944 als Hauptmann der Wehrmacht zur SS überführte ehemalige

# Tabakzuteilung für gute Kartoffelablieferer

### Aus der 13. Sitzung der badischen Landespartei

FREIBURG — Die badische Staatskanzlei teilt aus der 13. Sitzung der Landesregierung mit: Die Versorgung der gesamten Verbraucher mit den vorgesehenen Kartoffelmengen kann jetzt als gesichert angesehen werden. Die Landesregierung mußte jedoch feststellen, daß dieses günstige Ergebnis da und dort nur durch Nachkontrollen erreicht werden konnte. Der Bevölkerung wird dringend geraten, daß sie haushälterisch im Verbrauch der Kartoffeln vorgeht, da die eingekellerten Mengen bis zur nächsten Ernte reichen müssen.

In einer großen Zahl von Landkreisen kann, nachdem die Schweineablieferung abgeschlossen worden sind, wieder Großvieh geschlachtet werden. Die Tatsache, daß die Fleischzuteilung in einzelnen Orten stockte, hing mit der Nichtablieferung der Schweine zusammen. Weiter befürchte sich die Landesregierung mit der sehr schwierigen gewordenen Fettversorgung der Bevölkerung. Die Oktoberzuteilung ließ sich zum großen Teil nur durch Importe ermöglichen. Maßnahmen zur Abhilfe werden geprüft. Eine Tabakwaren zuteilung an gute Kartoffelablieferer ist in bestimmtem Umfang gesichert. Die Bekanntgabe erfolgt in Kürze.

Weiter wurde ein Bericht über die Ernährungsbeiräte, die aus den Kreisen der Erzeuger, des Handels und der Verbraucher gebildet wurden, entge-

Georges Dimitroffs im vergangenen Juli festgelegt worden sind, bei dem Aufenthalt Titos in Sofia unterzeichnet werden soll.

### Marshall besteht auf 40 Jahre-Pakt

CHICAGO — Einen Tag nachdem Truman vor dem Kongreß gesprochen hatte, wandte sich Staatssekretär Marshall gegen die von der UdSSR verfolgte Politik. Amerika werde trotz aller bisherigen Erfahrungen auf der kommenden Londoner Konferenz alle seine Anstrengungen darauf richten, eine annehmbare Verständigungsgrundlage zu finden. Marshall äußerte seine Überzeugung, daß der Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion sofort beigelegt wäre, wenn Europa sein Gleichgewicht wiederfinden könnte. Er versicherte in diesem Zusammenhang, daß das Problem des europäischen Wiederaufbaus unlöslich mit dem Wiederaufbau Deutschlands verbunden sei. Marshall erinnerte daran, daß der amerikanische Vorschlag eines Viererpaktes auf 40 Jahre zur Gewährleistung der Entwaffnung Deutschlands trotz der sowjetischen Ablehnung nach wie vor Gültigkeit besitze.

SS-Hauptsturmführer, erklärte, er habe versucht, mit seinen schwachen Kräften seine Pflicht zu tun. Was verschiedene Zeugen bei ihrer Vernehmung als Übertreibung vorgebracht hätten, müßten diese vor ihrem eigenen Gewissen verantworten. Er bat das Gericht zum Schluß, seinen Aussagen aufgrund seines Vorlebens ein wenig Glauben zu schenken.

Am heutigen Freitagnachmittag wird das Tribunal Général das Urteil verkünden.

Zwei der Angeklagten äußerten ihr Bedauern über begangenes Unrecht, ein Dritter räumte ein, eine moralische Mitschuld an den begangenen Untaten nicht von sich weisen zu können. Zwei weitere legten ihr Schicksal in die Hände des Gerichts und betonten, sie hätten volles Vertrauen in die Gerechtigkeit des Tribunals.

### Krupp-Prozess verjagt

NÜRNBERG — Im Krupp-Prozess stellte Dr. Otto Kranzbühler im Namen der Gesamtverteidigung den Antrag, die Anklagevertretung solle bis zum Beginn der Beweisaufnahme die von ihr zur Vorlage beabsichtigten Dokumente der Verteidigung zur Einsichtnahme zur Verfügung stellen und die in der Anklageschrift erhobenen Beschuldigungen genauer spezifizieren. Auf Antrag Taylors wurde die Verhandlung bis zum Beginn der Beweisaufnahme am 8. Dezember verjagt. In dem Prozess gegen die 12 angeklagten ehemaligen leitenden Direktoren des Krupp-Konzerns stehen außer Alfred Krupp vor Gericht: Ewald Löser, Edward Houdromont, Karl Pfirsich, Max Ihn, Karl Eberhardt, Heinrich Korsch, Friedrich von Bülow, Heinrich Lehmann, Hans Kupke, Erich Müller und Friedrich Janssen.

gengenommen. Die Einrichtung hat sich als sehr segensreich erwiesen. Es sollen nunmehr auch die Ortsleistungsausschüsse, welche die Bürgermeister bei der Feststellung des Ableberungsolls beraten, in Tätigkeit treten. Eine Bekanntmachung darüber wird demnächst veröffentlicht.

Einem Wunsch der Gewerkschaften entsprechend soll ein Vertreter der Gewerkschaften hauptamtlich im Ministerium der Landwirtschaft und Ernährung angestellt werden. Eine neue Verordnung über Jugendschutz ist in Bearbeitung.

### Von der Freiburger Universität

Im laufenden Winter-Semester sind an der Universität Freiburg i. Br. insgesamt 3383 Studierende immatrikuliert (Theologische Fakultät 196, Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät 983, Medizinische Fakultät 963, Philosophische Fakultät 912, Naturwissenschaftlich-Mathematische Fakultät 724).

Zulassungen für das Sommersemester 1948 können infolge der verschlechterten Ernährungs- und Wohnverhältnisse nur in sehr geringer Zahl ausgesprochen werden. Anträge sind bis 20. Januar 1948 an das Universitätssekretariat einzureichen. Antragsvordrucke können vorher daselbst angefordert werden.

die Linksparteien die innerpolitische Lage. Sie hatten die geschichtliche Chance, ihre Idee der Planwirtschaft, das Thema Nr. 1 aller Wahlkämpfe der letzten Jahre, in die Wirklichkeit umzusetzen. Wohl in keinem Staat Europas waren die wirtschaftlichen Fundamente für ein derartiges Experiment so günstig wie gerade in Schweden. Die sozialistische Staatswirtschaft und die Politik der Gewerkschaften, die seit Jahren die Situation nach ihren Gesichtspunkten leiteten, erlitten durch die Ereignisse der letzten Tage einen empfindlichen Schlag. Die Beschlagnahme der „harten“ Devisenguthaben ruft in der gesamten schwedischen Wirtschaftspolitik einen grundlegenden Wechsel hervor. In einem Kommentar zu der bedrohlichen Entwicklung stellt die Schwedische Reichsbank fest, daß die Gleichgewichtsstörungen in der Außenwirtschaft nur von innen heraus wirksam geheilt werden können: Man deutet damit an, daß aus parteipolitischen Gründen in den letzten Jahren ein Zustand forciert wurde, für den in Schweden die Voraussetzungen fehlen. Die ungesunde Hochkonjunktur mit ihren ausgesprochenen Inflationssymptomen war die Folge von falschen Konjunkturprognosen, suggeriert durch die Politik der sozialistisch-gewerkschaftlichen Regierung.

Schwedens Neutralitätspolitik verbessert die gefährliche Wirtschaftslage keineswegs. In Amerika nimmt man zur Kenntnis, daß zahlreiche Wirtschaftsführer die Lieferungen an Rußland mehr oder minder sabotieren, bleibt aber in seiner gesamten Haltung ausgesprochen kühl. Die Sowjets ihrerseits reagieren mit einer Propagandaoffensive, die sich immer mehr zu einem Nervenkrieg auswächst. Erst unlängst stellte die „Prawda“ fest, daß die Erhöhung der schwedischen Verteidigungsausgaben eine „Bedrohung“ der Roten Armee seien. Die Sozialisten Schwedens betrachten das Experi-

# Das neue Wunder

Wenn und wo immer einer unserer Politiker das Wort ergreift oder eine unserer Regierungen eine programmatische Erklärung abgibt, stets kreisen die Ausführungen um den magischen Kernpunkt des großen Problems der Währungsreform. Der Blick in eine Zeitschrift oder ein wenig Aufmerksamkeit auf die alltäglichen Gespräche in der Bahn oder beim Schlagenstehen nehmen einem jeden Zweifel daran, daß alles von der Währungsreform redet. Wie es zu einem eigentümlichen Kennzeichen der neuen deutschen Politik geworden ist, daß sie in die Ferne schweift und sich an Fragen erhitzt, die sich gänzlich unserer politischen Aktivität entziehen und allenfalls ganz am Rande unsere politische Willensbildung berühren, so scheint das deutsche Volk seit Wochen auf den Fragenkomplex der neuen Währung zu starren. Wir sind — der braunen Schlagwort-Suggestion noch lange nicht entronnen — einem neuen Bann erlegen und warten auf die Währungsreform wie auf das große Wunder, als ob es von einer imaginären gütigen Hand geschenkt würde, um uns endlich von allen Sorgen und Nöten zu befreien und aus der lähmenden Ungewißheit unseres Schicksals zu erlösen.

Es soll gar nicht bestritten werden, daß die Stabilisierung unserer Währung eines der allerdringlichsten und für unsere wirtschaftliche Gesundung wichtigsten Probleme darstellt. Wir sind uns alle bewußt, was von der Erledigung dieser Frage abhängt. Allein was nützen die Mutmaßungen und Theorien, Forderungen und Wünsche, mit denen sich Berufene und noch mehr Unberufene tagaus und tagein in der deutschen Öffentlichkeit damit befassen? Sie haben — bestenfalls — den Wert einer noch nicht einmal auf den primärsten sachlichen Voraussetzungen aufbauenden Wahrscheinlichkeitsrechnung. Ja, bei Licht besehen, geht es dabei — wieder einmal! — um eine politische Aktivität auf einem Gebiete, das unserer Entscheidung und unserem Einfluß entzogen ist. Das gehört zu jenen harten, nackten Tatsachen, an denen mit verschlossenen Augen vorbeizukommen das innerste Anliegen unserer Politik zu sein scheint.

In der Tat ist nachgerade die Suggestion des Wunderglaubens der Währungsreform, der von allen Seiten mit bestmöglicher Geschäftigkeit neue Argumente und Motive zugeführt werden, zu einer neuen Flucht aus der Wirklichkeit geworden. Der bei jeder Gelegenheit laut werdende Refrain: „Ja, wenn wir erst die neue Währung hätten“, oder „Wenn bloß unsere Geldwirtschaft auf einer festen Basis stünde“ — dieser Refrain, der nichts anderes als eben den Glauben an die Magie der Währungsreform für sich geltend machen kann, ist zu einer Art Selbstentschuldigung geworden.

Zum Wunderglauben an die Währungsreform, die zwar viele Faktoren einer hemmenden wirtschaftlichen Ungewißheit beseitigen wird, aber keineswegs ein Allheilmittel gegen alle Störungen unseres derzeitigen Wirtschaftslebens ist und noch lange nicht den direkten Weg zu einer gesteigerten Produktion und einem flüssigen Markt erschließt, kommt bei vielen noch ein starkes spekulatives Moment. Es wird mit allen erdenklichen Drehungen, Deckungen und Tricks ein „In-Bereitschaft-sein“ forciert, mit dem man allen vermuteten und befürchteten Eventualitäten zuvorkommen möchte. Daraus entsteht eine Währungsneurose, die den Aberglauben an das Währungswunder noch gefährlich potenziert.

Es ist an der Zeit, daß die Verantwortlichen der üppig ins Kraut schießenden Währungsdiskussion energisch Zügel anlegen, um im gegebenen, von uns aus gar nicht zu bestimmenden Augenblick der großen Tatsache der Währungsreform ein enttäuschtes Erwachen aus unbegründeten Erwartungen und trügerischen Hoffnungen zu vermeiden. Denn nicht die saure Mühe um den täglichen kleinen Schritt voran in unserem mühseligen Wiederaufbau, auch nicht der sicher schwere Kampf gegen den Hunger erzeugt die oft beklagte Lethargie, der wir wirtschaftlich und politisch und in noch höherem Grade geistig und seelisch anheimfallen, sondern der ständige Sturz aus falschen Hoffnungen und aus dem Glauben an Wunschbilder in bittere Enttäuschungen. Wobei wir uns ganz ehrlich gestehen wollen, daß ein bedenkliches demagogisch-agitatorisches Element in unserer Politik-Folge der viel zu früh gewährten Freiheit und der viel zu rasch vollzogenen Formung unseres politischen Lebens — immer wieder mit den falschen Hoffnungen seine Geschäfte macht, statt unser Volk dazu zu erziehen, erst das Nächste, die harte Pflicht des Tages zu tun und dann erst den Blick auf nüchtern erfasste Möglichkeiten zu richten.

ment ihrer Wirtschaftspolitik enttäuscht und ernüchtert; diese Enttäuschung wird durch den Alldruck der weltpolitischen Konstellation noch verschärft.

### Kredite gegen Uranium?

WASHINGTON — Im Kongreß machte der Senator Vandenberg den Vorschlag, man solle Erkundigungen darüber anstellen, ob den Vereinigten Staaten die in Europa gewährten Kredite ganz oder teilweise in Form von Uranium zurückerstattet werden könnten. In Erinnerung der Anregung des Abgeordneten Donald Jackson vor dem Ausschuß des Repräsentantenhauses, daß die amerikanische Hilfe von den nutznießenden Ländern in Form von strategischen Rohstoffen, wie Bauxit, Kupfer usw. zurückerstattet werden solle, rief der Vorschlag Vandenberg's in politischen Kreisen Washingtons keine große Überraschung hervor.

Bisher handelt es sich allerdings lediglich um Vorschläge. Man weist in politischen Kreisen auf die Schwierigkeiten hin, auf die die europäischen Länder bei der Rückerstattung der amerikanischen Kredite durch die Ausfuhr von Fertigwaren stoßen würden, und bezeichnet es nur als natürlich, wenn Uranium als strategischer oder nicht-strategischer Rohstoff für die Belieferung der Vereinigten Staaten in Betracht gezogen wird, zumal die europäischen Länder das Uranium zur Zeit nicht in der günstigen Weise wie die Vereinigten Staaten ausnutzen können, die in der Anwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke, wie z. B. auf medizinischem Gebiet, bereits sehr fortgeschritten sind. Man führt den Fall Belgiens an, das sich durch seine Uraniumlieferungen aus Kongo an die Vereinigten Staaten eine günstige Handelsbilanz und bessere Lebensbedingungen als die anderen europäischen Nationen sicherte.

# Labour und Lords

LONDON — Die Labourregierung hat anlässlich der Eröffnung der neuen Sitzungsperiode des Unterhauses ihre Absicht auf Änderung der Machtbefugnisse des Oberhauses angekündigt lassen.

Labourparty und „House of Lords“ waren, im Grunde genommen, nie gute und aufrichtige Freunde. Für eine vom Begriff der Volkssouveränität durchdrungene Partei wie die Labourparty, war es nicht möglich, eine Körperschaft, wie das Haus der Lords, als Teil einer zeitgemäßen Volksvertretung anzusehen. Diese Körperschaft war für die Labour von jeher ein „historisches Überbleibsel“.

Mit dieser Auffassung stand die Arbeiterpartei nicht allein. 1911 bekundeten die englischen Liberalen die gleiche Einstellung, indem sie dem House of Lords einen sehr erheblichen Teil seiner gesetzgebenden Befugnisse entzogen. Bis dahin war das House of Lords ein ziemlich gleichberechtigter Partner in der Gesetzgebung des Landes gewesen. Gesetze mußten, um parlamentarisch verabschiedet zu sein, sowohl vom Unterhaus wie vom Oberhaus — jeweils mit einfacher Majorität — angenommen werden. Diese Gleichberechtigung wurde beseitigt. Das Votum des Unterhauses war maßgeblich. Nur gegenüber Gesetzen, welche keine finanziellen Angelegenheiten des Staates betreffen, behielt das Oberhaus ein aufschiebendes Veto.

Trotz dieser Einschränkung seiner Befugnisse aber blieb das Oberhaus eine oft angegriffene Einrichtung, der zwar von Zeit zu Zeit durch Erhebung in den Adelstand neue Mitglieder zugeführt wurden, die aber niemals ein Mitglied anders als durch Tod oder freiwilligen Rücktritt ausscheiden sah und sich nie einem Volksurteil zu stellen hatte.

Es verging kaum ein Jahr, ohne daß zahlreiche Publikationen über eine Reorganisation des Oberhauses erschienen. Die meisten strebten danach, das Oberhaus dem Senat, Ständerat oder Reichsrat anderer Länder anzugleichen. In der britischen Arbeiterbewegung aber gab es außerdem eine zeitweise recht starke Richtung, welche eine zweite Kammer überhaupt für überflüssig hielt. Auf diesen Richtungsstreit mag zurückzuführen sein, daß die Labourregierung eine Reform des Oberhauses nicht zu einem dringlichen Programmpunkt machte, als sie im Jahre 1945 die Regierung übernahm. Die wirtschaftlichen Reformen, insbesondere die Verstaatlichungen, schienen ihr wichtiger. Sie begnügte sich damit, in zahlreichen Erklärungen anzukündigen, daß sie zu einer Sofortreform der Verfassung und zu einer Sofortrevision der Position

des Oberhauses innerhalb der Verfassung schreiten werde, falls das House of Lords der Wirtschafts- und Verstaatlichungsgesetzgebung des Unterhauses Schwierigkeiten bereite.

Nachdem die Thronrede des Königs zur Eröffnung des Unterhauses angekündigt hatte, daß eine Reform des Oberhauses Teil der Gesetzgebung der soeben begonnenen Unterhausperiode sein werde, begann alsbald eine Diskussion darüber, ob die Labourregierung sich damit nicht über den Rahmen dessen hinausbegebe, wofür sie bei den Wahlen des Jahres 1945 den Auftrag der Wähler erhalten habe. Diese Diskussion selbst aber ist bedeutsam, weil ihr einer der ungeschriebenen Grundsätze der ungeschriebenen englischen Verfassung zu Grunde liegt. Es könnte argumentiert werden, daß eine Reform des Oberhauses ein Gesetzgebungsakt von solcher Reichweite sei, daß das Volk durch neue Wahlen über ihn zu entscheiden habe. Deswegen taucht auch bereits die Meinung auf, die Thronrede des Königs, für deren Inhalt die Labourregierung natürlich verantwortlich ist, habe im Grunde genommen schon das Thema der nächsten allgemeinen Wahlen in England bekanntgegeben.

Vielleicht spielt aber auch eine andere Überlegung eine Rolle: die Labourregierung hat die

## Wie denkt man über Presse und Rundfunk?

Mit dem Ziel, die öffentliche Meinung über Presse und Rundfunk zu erfahren, leitete das Sozialpsychologische Institut Baden-Baden im April 1947 eine Untersuchung ein, die sich gebietsmäßig auf den französisch besetzten Teil der Länder Baden und Württemberg sowie die Pfalz erstreckte. Es ergab sich dabei, daß auf die Frage „Wie erfahren Sie die allgemeinen Nachrichten?“ 72 vH der Presse und nur 52 vH dem Rundfunk ihre Stimme schenken, während ein ganz geringer Prozentsatz die beste Nachrichtenquelle in Gesprächen sah. Die Anhänglichkeit zur Zeitung offenbart sich in der Tatsache, daß von zehn Personen sieben regelmäßig eine Zeitung lesen, während nur 2 vH grundsätzlich in keine Zeitung schauen. Männer sind übrigens eifrigere Zeitungsläser als Frauen, wie auch der Anteil der Kaufleute und freiberuflich Schaffenden an der Gemeinde der Leser größer ist als der Prozentsatz der Angehörigen landwirtschaftlicher und verwandter Berufe.

Gesetze über die Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie auf die nächste Sitzungsperiode des Unterhauses verschoben, weil sie von einer früheren Verstaatlichung eine Beeinträchtigung der Produktion und damit des so notwendigen Exportes infolge der Überleitungsmaßnahmen befürchtet. Diese Verschiebung aber könnte bedeuten, daß ein zu erwartendes Veto des Oberhauses gegen das entsprechende Verstaatlichungsgesetz mehr als eine nur aufschiebende Wirkung hätte. Das Unterhaus würde, da seine Legislaturperiode 1950 endet, nicht mehr die Zeit haben, das Veto des Oberhauses, so wie die Verfassung es verlangt, durch nochmalige Annahme der Verstaatlichungsvorlage zu übergehen. Die Labourregierung kann also die Verstaatlichung der Stahl- und Eisenindustrie nur dann mit Sicherheit durchführen, wenn dem Oberhaus — wenigstens in diesem Falle — die Vetogewalt genommen wird.

Ein Minimum verfassungsändernder Gesetzgebung würde an sich dafür genügen. Ob es aber bei einem solchen Minimum bleibt, dürfte wesentlich davon abhängen, was die Konservative Partei aus der Ankündigung der Thronrede macht. Entschieden sie sich dafür, eine auch nur begrenzte Reform zu bekämpfen, weil sie die Verstaatlichung von Stahl und Eisen ablehnt, dann mag es sehr wohl zu einer viel umfassenderen Reform des Oberhauses, ja sogar zu allgemeinen Wahlen mit diesem Thema kommen.

### Der Kopf der Woche:

## Anna Pauker

Schußsichere Automobile und eine Leibwache ergebener Kommunisten schützen das Leben der mächtigsten Frau Rumäniens. Groß, massig, klug und von rücksichtsloser Energie, von ihren Freunden geliebt und abgründig gehaßt von zahllosen Feinden, gilt die 57jährige Generalsekretärin des kommunistischen Zentralkomitees in Bukarest als die eigentliche Herrin des Landes, das sie als erster weiblicher Außenminister in der Geschichte Rumäniens und der Weltpolitik künftig auch auf dem Parkett der internationalen Diplomatie repräsentieren wird. „Mihai regiert“, sagen die Rumänen auf der Straße von ihrem jungen König, „aber unter den Augen der Gouvernante“. Sie denken an Anna Pauker, die „Rote Zarin“ des Balkans.

Aus dem Armenviertel Bukarests in die Parteschulen Moskaus führte der Weg der intelligenten Jüdin durch die Gefängnisse, als Liberale und Bauernpartei am Ruder des rumänischen Staates standen. Bereits bevor die junge Lehrerin sich mit dem Ingenieur Pauker vermählte und der Feindschaft seiner einflußreichen Familie verfiel, hatte sie am politischen Altar die Ehe mit dem Kommunismus geschlossen. Als sie 1930 mit ihrem Mann nach Rußland kam, wurde er als Trotzkist angeblich erschossen. In Anna Pauker jedoch haften die Loyalität gegenüber seinen Richtern tiefer als das Gefühl der Trauer. Sie begann ein intensives Studium des roten Katechismus und kehrte, in allen Fragen kommunistischer Parteipolitik hervorragend versiert, nach 12 Jahren auf den spannungsreichen Boden des Balkans zurück. Als eine der drei Generalsekretäre der Kommunistischen Partei Rumäniens erweckte ihre Stellung nach außen den Eindruck geteilter Macht. Tatsächlich ist die meist einfache in Grau, Blau oder Schwarz gekleidete korpolente Frau neben Dimitroff und Tito die entscheidende Figur des südöstlichen Gebietes. Wenn die effektvolle Rednerin mit dem jetzt stahlgrauen, kurzgeschneitten Haar auf der Tribüne steht, ist der Jubel um sie oft stärker als die Beweiskraft ihrer Argumente gegen die Reaktion. Mit manchmal schulmeisterhafter Dialektik, doch leidenschaftlich und gewandt im Ausdruck, beherrscht sie das Wörterbuch der Agitation mit jener in die Schranken fordernden Aggressivität, wie sie Massenrednern doktrinärer Schule eigen ist.

Es verwunderte nicht nur viele Rumänen, die politisch so außerordentlich qualifizierte Frau bisher in der Beschränkung auf ein Parteiamt zu sehen. Die Überleitung der rumänischen Außenpolitik in ihre Hände bietet ihrem Einfluß jetzt jenen weitgespannten Rahmen, der ihrer wirklichen Machtfülle entspricht.

meinten von 6-8 Uhr, 13 vH zwischen 12 und 14 Uhr, 14 vH zwischen 18 und 20 Uhr, 39 vH zwischen 20 und 21 Uhr, 10 vH zwischen 21 und 22 Uhr und 3 vH nach 22 Uhr. 25 vH gaben keine Antwort.

„Welche Sender hören Sie am liebsten?“ Der Sender Stuttgart darf sich geschmeichelt fühlen, im Befragungsgebiet der französischen Zone der beliebteste Sender zu sein. Dann folgen der Südwestfunk, Beromünster und in weit geringerem Maße Luxemburg, Leipzig, Berlin und der Nordwestdeutsche Rundfunk. Für Nachrichtensendungen stellen 10 vH ihr Gerät auf Auslandssender ein, und auf die Frage „Hören Sie Sendungen des Auslandes in deutscher Sprache?“ antworteten 65 vH mit Ja. Bevorzugt werden hier die Sendungen aus den USA, Frankreich und der Schweiz. Fremdsprachliche Auslandssendungen werden nur von 13 vH der Befragten gehört, wobei die in französischer Sprache dominieren. Nach dem ausländischen Liebessender befragt, nannten die meisten Paris und London. Bei der Frage „Welche Sendungen gefallen Ihnen am besten?“ zeigten sich wieder die Verschiedenheiten im Geschmack. Ein Vorrang der einen Sendereihe über die andere kann man nicht entdecken.

Die Konkurrenzfrage „Haben Sie mehr Vertrauen zu den Nachrichtensendungen des Rundfunks oder zu den Mitteilungen der Zeitungen?“ ergab folgendes Bild: 25 vH vertrauten mehr dem Rundfunk, 19 vH hatten Vertrauen zu allen beiden, 9 vH für keins von beiden. Bei dieser Befragung gaben nur 1 vH der Presse den Vorrang! 18 Prozent meinten außerdem einen Unterschied zu verspüren zwischen den Standpunkten, die der Rundfunk, und denen, die eine Zeitung vertritt.

## Chinas dritte Partei

Chinas „dritte Partei“ hat man mit einigem Recht die soeben von der Nationalregierung für ungesetzlich erklärte Demokratische Liga genannt. Es handelt sich um die letzte bisher noch in Nationalchina vorhandene Oppositionspartei von nennenswerter Bedeutung.

Bei den nunmehr offenbar endgültig für Ende November angesetzten Wahlen zur chinesischen Nationalversammlung offiziell zwar ausgeschaltet, dürften die Elemente der Demokratischen Liga auch weiterhin ein Faktor mindestens im Hintergrund der chinesischen Innenpolitik bleiben. Das Verbot der Partei ist sehr drastisch auf Grund des Gesetzes über totale Mobilmachung erfolgt, mit dem schon im Sommer dieses Jahres die Kommunistische Partei in den von der Nanking-Regierung beherrschten Gebieten verboten wurde. Die Mitglieder der Demokratischen Liga mußten sich kurzfristig in Nanking registrieren lassen. Ihre Führer sollen jedoch nicht verhaftet werden, solange sie sich nicht in hochverräterischer Weise betätigen. Die Mehrheit der Parteianhänger wird dadurch jedoch nicht schwer getroffen. Sie haben sich schon in der letzten Zeit gehütet, sich allzu offen zur Politik der Demokratischen Liga zu bekennen. Im Juli 1946 wurden zwei offenkundige Führer der Partei in Kunming auf geheimnisvolle Weise ermordet. Die erste Garnitur der Parteiführer in der Demokratischen Liga mit ihrem Sprecher Dr. Lo Lung Tschai an der Spitze, dessen Name über die Grenzen Chinas hinaus bekannt ist, konnte sich indessen bisher ziemlich frei äußern und sogar offene Kritik an der Regierungspolitik üben.

Die Partei vertritt den Gedanken der Einheit Chinas durch Verständigung mit den Kommunisten und findet damit nicht nur bei Studenten und Hochschullehrern, sondern auch in weiteren Kreisen der des ewigen Kriegszustandes müden Bevölkerung Anklang. Mehrfach hat die Liga, die die Anerkennung der neuen Verfassung verweigert, eine Ver-

mittlerolle zwischen Nationalregierung und Kommunisten gespielt, unter anderem im Januar 1946, als Dr. Lo Lung Tschai im Zuge derartiger Verhandlungen eine Begegnung mit dem kommunistischen Unterhändler General Tschu En Lai hatte. Auf der bald darauf folgenden Allparteienkonferenz brachte die Demokratische Liga drei Entschlüsse ein, die auf eine Volksbefragung, auf allgemeine Wahlen, auf die Abschaffung der Nationalversammlung und die Annahme der Verfassung durch eine Volksabstimmung abzielten. Die Regierungspartei der Kuomintang bot damals den Oppositionsparteien einige zusätzliche Ministerposten ohne Portfeuille an. Die Besprechungen scheiterten dann endgültig an der Forderung der Kommunisten und der Demokratischen Liga auf die Hälfte der Ministerien. In der neuen für Mai 1946 einberufenen Nationalversammlung wurden der Demokratischen Liga 120 Sitze zugewilligt ausschließlich der neu zu wählenden Abgeordneten. Insgesamt sollten der Nationalversammlung 2050 Abgeordnete angehören, in der Mehrzahl Vertreter der Kuomintang. Tatsächlich trat sie nur mit 1400 Abgeordneten zusammen. Mit den Kommunisten boykottierte auch die Demokratische Liga die Versammlung. Dr. Lo Lung Tschai gab bekannt, daß seine Partei sich an der Regierungsneubildung nicht beteiligen würde.

Tschiang Kai Schek proklamierte den „Übergang zur Demokratie“. Der Oberste Nationale Verteidigungsrat wurde durch einen Staatsrat ersetzt, von dessen 40 Sitzen 11 für die Kommunisten und die Demokratische Liga offen gehalten wurden. Wieder weigerte sich die Liga mit den Kommunisten, an der vom Staatsrat neu ernannten Regierung teilzunehmen. Dafür sagte Dr. Lo Lung Tschai Ende Mai des Jahres der Regierung Tschiang Kai Scheks in einer öffentlichen Erklärung ernste Schwierigkeiten infolge der militärischen Offensive der Kommunisten voraus. Er sprach sogar von einem eventuellen Sturz des Marshalls.

Die Öffentlichkeit ist stark interessiert an der Nachrichtenübermittlung durch die Zeitung; 25 vH der Befragten kennen jedoch keine Lieblingszeitung. Bedenklich mag die Presse stimmen, daß nicht wenige Leser den Zeitungen mangelnde Objektivität und sogar undemokratische Gepflogenheiten vorwerfen. Fast die Hälfte der Befragten sind durchaus nicht der Meinung, daß die Zeitung alles enthalte, was den Leser interessiert. Diesen Nein-Sagern wurde Gelegenheit gegeben, sich darüber zu äußern, was in „ihrer“ Zeitung fehle oder was unzureichend sei. Neben einer erweiterten Behandlung der Politik forderte man u. a. Verstärkung des kulturellen Teils (hier besonders des Feuilletons) und der Wirtschaftsfragen; an der Spitze der Unzufriedenen aber marschieren die, die einen Mangel an Objektivität bemerkt haben wollen.

Der Verdacht, propagandistische Tätigkeit zu entfalten, scheint nach den statistischen Ermittlungen von den Zeitungsleuten genommen zu sein, denn fast die Hälfte der Befragten meinte, die deutsche Lokalpresse enthalte gar keine oder nur sehr wenig Propaganda. Wie es bei Ermittlungen dieser Art üblich ist, waren aber auch 25 vH gegensätzlicher Meinung. Von den letzteren sagten vor allem die Angestellten und Beamten der Presse mehr oder weniger propagandistische Tendenzen nach. Auf die Frage, ob die heutige Presse ihrer Aufgabe gerecht werde, eine neue geistig-politische Mentalität in Deutschland zu begründen, antworteten 35 vH mit Nein, 37 vH gaben überhaupt keine Antwort und nur 28 vH bejahten. Aber vielleicht würde das anders werden, wenn in Erfüllung ginge, was 85 vH der Leser wünschen, nämlich einen Paragraphen in der Landesverfassung, nach dem jedermann das Recht haben soll, innerhalb der Schranken der Gesetze durch Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise seine Meinung frei zu äußern, ohne sich strafbar zu machen. Die Befragung ergab aber auch einen nicht geringen Prozentsatz von Leuten, die die Arbeit der Journalisten anerkannten.

Auch der Rundfunk hatte Gelegenheit, die Meinung der Öffentlichkeit über seine Arbeit zu erfahren. 33 vH hörten regelmäßig, 31 vH gelegentlich, 17 vH selten einmal Rundfunk. Nur 18 vH waren keine Rundfunkhörer, wobei als Gründe in der Mehrzahl der Fälle das Fehlen eines Empfängergerätes angegeben wurde. Von 1305 Personen besaßen 71 vH einen eigenen Apparat (in Frankreich sind es 73 vH). Nur ein kleiner Teil gab offen Interessenlosigkeit oder Zeitmangel zu. Die Frage nach der Dauer des täglichen Rundfunkhörens beantworteten 42 vH mit 1-2 Stunden, 27 vH mit 2-4 Stunden. Weniger als eine Stunde am Tage hörten nur 7 vH. Die ausgesprochenen Dauerhörer machen nur 1 vH aus.

Dem Rundfunk wird oft vorgeworfen, er bringe die wichtigsten Sendungen stets zur unpassendsten Zeit. Das Ergebnis der Frage, wann eine wichtige Durchgabe erfolgen müßte, um mit größtmöglicher Wahrscheinlichkeit gehört zu werden, ist nicht geeignet, dem Rundfunk praktische Vorschläge an die Hand zu geben. 30 vH

### Uraufführung eines Pseudo-Schauspiels:

## „Robert und seine Brüder“ in Baden-Baden

Nachdem das Kleine Theater in Baden-Baden in der Auswahl seiner ersten drei ersten Stücke eine ernsthafte und glückliche Hand bewiesen hatte, konnte es sich scheinbar nicht enthalten, seinem Publikum und darüber hinaus allen Schauspielern zwischen Berlin und Konstanz klarzumachen, daß ein altbekannter Faktor des Glücks der sogenannten Zufall ist. Denn die Wahl des Theaters fiel auf ein Stück, das sich in jeder Hinsicht als für die Bühne ungeeignet erwies. Es heißt „Robert und seine Brüder“, behandelt aber nicht etwa eine Hauptperson Robert, wie es z. B. in der Thematik von Joseph und seinen Brüdern gegeben ist; sondern die Schicksale von fünf Roberts, die alle in die gleiche Ausgangslage versetzt sind: als gefallene Soldaten fünf verschiedener Nationen im Himmel zu sitzen, d. h. als „Engel“. Man erinnert sich sofort der Vexier-Frage: Was würde geschehen, wenn ab jetzt jeder dasselbe Vermögen, denselben Verdienst und dieselben Nutznießungen des Staates hätte? Der thematische Ausgangspunkt der Dramatik ist also ein Kollektiv und muß deshalb ganz unergiebig sein: da vier Roberts von der himmlischen Erlaubnis, an ihrem Namenstag der Erde einen zwölfstündigen Besuch abzustatten, Gebrauch machen (einer bleibt wenigstens im Himmel), muß sich, wenn jeder Fall überhaupt noch einzeln behandelt werden soll, logischerweise viermal dieselbe Grundproblematik in derselben Grunddramatisierung abhandeln. Selbst Shakespeare hätte sich kaum darum bemüht, unter diesen Voraussetzungen ein einseitiges Drama zu schaffen. Die Fabel des Stük-

kes ließe sich also bequem in 25 Prosaätzen erledigen und könnte höchstens die Unterlage für eine musikalische Revue oder einen Trickfilm abgeben.

Der Mann, der „Robert und seine Brüder“ geschrieben hat, heißt Helmut Weiß; und es leuchtet ein, daß seine Sprache seiner Konzeption entspricht: Sie erschöpft sich in unbedenklich niedergeschriebenem Alltagsgerede und den an den vier Bekehrungsstellen — der fünfte Akt muß in diesem Stück viermal vorgeführt werden — ebenso zu Papier gebrachten Kundgebungen aus einer alt, aber nicht klüger gewordenen Primanerperspektive. Der läppischste Naturalismus der Sprache streift überall unentschieden mit dem lächerlichsten Klassizismus eines gebildeten Kaufmanns, der ehedem Theologie studiert gehabt haben könnte. „Die Götter“ — paßt in das Szenarium tatsächlich, da in ihm kein Gott in Klarheit steht; aber das ganze Stück paßt nicht zu den Göttern.

Von einem ernsthaften Dialog kann wiederum keine Rede sein. Er mag Stegreif-Dialog benannt werden oder: so sieht ein Dialog aus, der mit einer vollständigen Tintenfülle eines Füllfederhalters ohne Absetzen der Feder und Denkpause, fließend heruntergeschrieben wurde. Nachdem ich mich vor der Wirkung der filmischen Aufmachung befreit von der Verworfenheit der Problematik überzeugt hatte, studierte ich in den beiden letzten „Falten des Schwanks“ den Dialog und kompensierte beim Schlucken dieser unverschämten Gemeinplätze zahlreiche Schweißperlen . . . „Liebst Du mich?“ „Ja, ich liebe Dich.“ „Liebst du mich auch wirklich?“

„Ich liebe dich wirklich.“ „Aber es ist mir ja auch gleichgültig, ob du mich liebst.“ — ist noch ein mildes Beispiel. Verblüfft war ich immer, wenn sich in jeder fünften Akt-Phase der einzelnen „Bilder“ die verantwortlichen Personen erhoben und Kundgebungen „Für das Leben — gegen den Tod!“ machten, die wer weiß wohin gehören mögen, aber niemals auf eine Bühne. Die Zumutung einer gelassenen Hinnahme der viermaligen Wiederholung von Expreß-Bekehrungen beweist die Unverfrorenheit von Helmut Weiß. Hier müssen wir uns allerdings davor hüten, uns irgendeinen verallgemeinernden Vergleich zu erlauben: nein, Helmut Weiß soll einmalig sein, damit er am wirksamsten zu durchschauen ist.

Es wird natürlich niemanden erstaunen, zu erfahren, daß dasselbe Stück auch als Roman und als Film erscheinen wird, wobei der Text des Romans und das Drehbuch des Films ebenfalls aus der Feder desjenigen stammen werden, der „Robert und seine Brüder“ geschrieben hat. Andererseits kann es nur begrüßt werden, daß sich der Autor besonders für den Film interessiert; er sollte sich darauf beschränken und zwar auf die Durchschnittsregie und selbst das Schreiben von Drehbüchern für längere Zeit unterlassen.

Letzten Endes muß wiederholt werden, daß das ganze Stück nicht Bühnenfähig ist. Daß es trotzdem auf der Bühne erschien, kann naturgemäß nicht dem Autor angerechnet werden. Es deutet auf die Unzuverlässigkeit des Auswählenden; die Richtung Goethes, die Dialog-Gestalt Romain Rollands mit den Weiß'schen Äußerungen zu verwechseln, kann ihm nicht vergeben werden, und es wird vieler Anstrengungen in der Zukunft bedürfen, um diesen Beweis an Intuitionsmangel einigermaßen auszulöschen.

Es erübrigt sich dabei, über die Leistungen und Nichtleistungen der Schauspieler zu sprechen. Ihre Eitelkeit konnte dieses Mal wahrlich nicht auf ihre Rechnung kommen. Wenn in einem kosmopolitischen Stück die Vertreter der aktuellen Nationen die Phantasiegebilde eines deutschen Verfassers sind, hilft keine Schauspielkunst, diese Puppen trotzdem englisch, russisch, amerikanisch und französisch zu machen; auch gegen geschmacklose Kundgebungen ist keine Spieltechnik gewachsen. Wohl aber die Lebenstechnik: Die Schauspieler hätten das Stück keinesfalls spielen dürfen! Kürzlich erreichten Pariser Bühnenarbeiter durch Streik, daß das Ballett ihres Hauses mehrere Male nicht auftrat; in Deutschland aber werden wir auf eine derartige organische und originale Regelung unserer praktischen Belange immer nur weiter zu warten haben. Im Falle von „Robert und seine Brüder“ muß sogar damit gerechnet werden, daß das Stück auch auf dem Freiburger Theater inszeniert wird.

Nicht zuletzt sollte die Frage nach dem Verhalten des Publikums gestellt werden — wenn das nur möglich wäre; aber ein durchschnittlich unkritisches Publikum kann nicht, wie es nötig wäre, das Schauspiel durch seine fortschreitende lebendige Beteiligung zu einem Ganzen abschließen. Wenigstens ein Viertel des Baden-Badener Premierepublikums war nicht erschienen — vielleicht auch wegen der ungewohnten Anfangszeit wieder gegangen —; oder verließ — hoffentlich nicht, um die Straßenbahn zu erreichen — nach dem dritten Bild das Theater; die mittlere Hälfte klatschte gut gelaut „über das reizende Stück“; und ein äußerster Viertel verhielt sich stumm oder spöttisch und abweisend.

Albert Wallat

# Abkehr vom Plan? / Die neue Wirtschaftslinie in Frankreich

Die sozialistische Linie in der Wirtschaftspolitik, von der viele gehofft hatten, daß sie den europäischen Kontinent ideologisch ebenso vom amerikanischen Kapitalismus wie vom sowjetischen Totalitarismus scheiden könne, hat durch den Sieg de Gaulles einen schweren Schlag erlitten. Da in Frankreich wie überall die Wirtschaftspolitik im Zentrum der Diskussion steht, da auch sie es ist, in der die Sozialisten am stärksten reformiert und am sichtbarsten dominiert haben, kann dies nur zu einem radikalen Wandel der französischen Politik überhaupt führen.

## Teuer und ungerecht

Der „Monnet-Plan“ für Modernisierung und Ausrüstung, im Mittelpunkt der französischen Bemühungen um eine Überwindung der Nachkriegsschwierigkeiten schon unter der Regierung Ramadier in seiner Reichweite aus Sparsamkeitsgründen erheblich geschmälert, wird wahrscheinlich über kurz oder lang in Vergessenheit geraten. Mit dem Mittel der Nationalisierung wollte er den Einfluß des Staats auf die Grundindustrien, vor allem auf den Bergbau, dann aber auch auf die übrige Schwerindustrie stärken. Es zeigte sich aber, daß die erhebliche finanzielle Belastung, die einmal durch die Nachwirkungen des Krieges, dann aber auch durch die Ambitionen des Plans selbst entstanden war, nicht einigermaßen gleichmäßig auf die einzelnen Bevölkerungsschichten verteilt werden konnte. Wie wenig gerecht diese Lastenverteilung bis zuletzt war, zeigen einige Zahlen. Während gegen 1938 die landwirtschaftlichen Preise auf das Zwölfwache gestiegen sind, müssen sich die Löhne mit dem Siebenfachen begnügen. Das bedeutet, daß der Arbeiter heute für Ernährung fast doppelt so viel ausgeben muß als vor dem Krieg, in Anbetracht des schwarzen Marktes, dessen Preise in den Indizes nicht enthalten sind, aber wahrscheinlich noch mehr. Sicher ist die Landwirtschaft durch die internationale Lebensmittelknappheit begünstigt, aber auch im Innern genießt sie noch allerlei Vorrechte, die abzuschaffen den Sozialisten nicht gelungen ist, weil sie während ihrer ganzen Regierungszeit von den Stimmen der katholischen Volksbewegung abhängig waren, die sich zum größeren Teil aus der Bauernschaft rekrutierten. So hat der Finanzminister erst vor kurzem noch mitgeteilt, daß im französischen Steuersystem die landwirtschaftlichen Einkommen nur mit 3 vH besteuert werden (gegen 0,3 vH vor dem Krieg), während die Besteuerung des Einkommens aus Löhnen und Gehältern zwischen 1933 und 1946 von durchschnittlich 10,4 auf 43 vH gestiegen ist und durch die neue Finanzreform noch weiter gesteigert werden sollte. Besonders seit die Kommunisten durch ihren Austritt aus der Regierung ihre Aktionsfreiheit zurückgelangt hatten, war es unter diesen Umständen für die Sozialisten außerordentlich schwer, die soziale Ruhe zu erhalten, die die erste Voraussetzung der Durchführung des Wiederaufbaus und Modernisierungsplans war.

## Dollar — Weizen — Kohle

Gleichzeitig verschlechterte sich aber die finanzielle Lage Frankreichs zusehends. Die Preise, voran die landwirtschaftlichen, reagierten auf jede Lohnhöhung mit Sprüngen nach oben. Ramadier hat trotzdem die offiziellen Devisenkurse unverändert festgehalten, weil er eine Abwertung des Franc nicht verantworten zu können glaubte, und erreichte damit, daß die französische Ausführindustrie immer weniger im Stande war, in die Dollarländer auszuführen. So mußte die Dollarkrise in England zu einer einschneidenden Beschränkung der französischen Einfuhren führen. Durch einen Federstich wurde die vorgesehene Einfuhr Frankreichs für das letzte Vierteljahr 1947 von 450 Mill. Dollar auf 190 Mill. zusammengestrichen. Neue Rationierungen waren unvermeidlich und allmählich überwog in Frankreich der Ein-

## Keine Währungsmaßnahmen in Oesterreich

WIEN — Zu dem Gerücht über einen unmittelbaren bevorstehenden Geldumtausch wird amtlicherseits festgestellt, daß zurzeit keinerlei Währungsmaßnahmen in Oesterreich erfolgen, sondern diese Woche noch mit eingehenden Beratungen mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften ausgefüllt sein wird. Der Finanzminister wird voraussichtlich im Ministerrat eine Übersicht über den Stand der Beratungen zur Schillingstabilisierung geben.

## Dem Schwane gleich

O meine Jugend war dem Schwane gleich,  
Wie seines Fittichs Schnee auf dunklem Teich,  
Ein wenig stolz, ein wenig einsam auch,  
Doch blendend rein der jungen Seele Hauch.  
Flaumweich dies Herz, von stiller Spur bewegt,  
Wie sich im Hauch die Schwanenfieder regt,  
Und ungestüm junge Sehnsucht frei  
Wie in den Lüften wilder Schwäne Schrei!

Irmengard Frey

## Vergangene Stunde

Wir hatten die Ruder eingezogen und das Boot ans Ufer treiben lassen. Maria setzte sich neben mich, und wir sahen auf den See, der still unter dem Abendhimmel lag. Dunkle Wolken hingen über uns und zogen langsam vorüber. Zwischen uns sah manchmal ein Stern herunter, bläute — und war wieder fort. Wir sprachen nicht, ich hörte Marias Atem, der gleichmäßig und leise ging. — Vom anderen Ufer, aus einem Gartenlokal, klang Musik herüber. — Das Wasser, vom leichten Wind gestrichen, klatschte gegen das Boot, als wollte es uns ganz ruhig machen und einschlafen. In dem Restaurant drüben waren viele kleine Lämpchen dicht aneinandergereiht, sie leuchteten schwach herüber. Von Zeit zu Zeit raschelte es im Ufergras, vielleicht war es ein Tier.

Jeden Gedanken gab ich dieser Stunde, die die letzte hier sein würde. Meine Koffer lagen schon auf dem Bahnhof. Mit einem Male erloschen die Lichter drüben. Aber die Dunkelheit herrschte nicht lange, plötzlich flammte eine Rakete hoch. Zischend flog sie gegen den Himmel und streute von oben unzählige Funken auf die Erde zurück. Gleich zischte es wieder — und wieder, immerfort! Feurige Sterne sprangen bunt durcheinander. Blit-

druck, die sozialistische Wirtschaftspolitik bestehe in nichts anderem als in einem mehr oder weniger nervösen Warten auf die amerikanische Hilfe.

Aufmerksame Beobachter hatten aber auch wirkliche und tiefgreifende Mängel der französischen Planwirtschaft festgestellt. Der akute Weizenmangel, der jetzt zu einem Hauptproblem der französischen Außenpolitik geworden ist, ist zwar zum Teil durch den harten Winter verursacht, zu einem größeren Teil aber durch die Getreidepreispolitik der Regierung, die den Weizenpreis so niedrig hielt, daß sich die französische Landwirtschaft nicht anders zu helfen wußte, als den Weizenanbau einzuschränken und darüber hinaus noch Brotgetreide zu verfüttern. Statt 5,2 Mill. Hektar wurden in diesem Jahr nur 3,3 Mill. Hektar mit Weizen bebaut, die Ernte fiel von 8 auf 3,3 Mill. Tonnen.

Das Kohlenproblem, das schon seit Jahren den Hauptengpaß der französischen Wiedergesundung darstellt, weist ähnliche planwirtschaftliche Schönheitsfehler auf. Während in den letzten Monaten im Durchschnitt etwa 90 vH. der Vorkriegsmengen an Kohlen zur Verfügung standen, und während auch der industrielle Produktionsindex sich etwa um 90 vH. des Vorkriegsstandes bewegte, sind allein im zweiten Vierteljahr 1947 mehr als anderthalb Billionen Kilowattstunden elektrische Energie mehr erzeugt und verbraucht worden als im Vergleichszeitraum 1938. Das bedeutet, daß diese gewaltige zusätzliche Produktion an Energie im privaten Verbrauch versickert ist und der industriellen Wiederankurbelung nicht zugute kam. Auch dies liegt zweifellos an der Preispolitik Ramadiers, die die Produktion und Einfuhr von Kohlen mit erheblichen Staatsmitteln subventionierte, aber vor entsprechenden Tarifsteigerungen für elektrischen Strom zurückschreckte.

## Planung auf halbem Weg

Hier wie in der Weizen- und in der Dollarfrage, den drei wichtigsten Kapiteln der französischen Wirtschaftspolitik, zeigt die Erfahrung nun, daß Planung auf halbem Weg nicht stehen bleiben kann. Ramadier hätte zur Durchführung seines Plans schärfer und totaler reglementieren müssen, wenn er vermeiden wollte, daß ihm die geplante Produktion unter der Hand in den ungeplanten Sektor entweicht, oder aber die Sozialisten hätten den Wiederaufbau in freiem Wettbewerb der freien Wirtschaft überlassen und sich auf die traditionellen Mittel staatlicher Lenkung, auf die Währungs- und Steuerpolitik, beschränken sollen.

Vielleicht aber sah Herr Ramadier es garnicht so ungenügend, daß, zumindest der Kurs der Wirtschaftspolitik, allmählich nach rechts weitergeht. Die kommenden Verhandlungen mit den amerikanischen Geschäftsleuten, die in den Vereinigten Staaten zu beschließen haben werden, was und wieviel sie in Europa finanzieren wollen, hätten den Sozialisten vielleicht doch mancherlei Unannehmlichkeiten gebracht und den Abbau zahlreicher planwirtschaftlicher Ambitionen erfordert.

G. Ferber

## Baden führt Saatkartoffeln ein

### 11 000 Tonnen werden für den Anbau 1948 zur Verfügung gestellt

FREIBURG — Dem Minister der Landwirtschaft und Ernährung, Schilli, ist es gelungen, mit tatkräftiger Unterstützung der Militärregierung wertvolles Saatgut für den Kartoffelanbau 1948 zu sichern. Zu diesem Vorgang wird vom Ministerium der Landwirtschaft und Ernährung folgendes mitgeteilt:

Die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Speisekartoffeln ist zu einer Lebensfrage geworden. Nur die äußerste Pflichterfüllung der Erzeuger wie der mit der Erfassung beauftragten Stellen kann die ungeheure Aufgabe bewältigen. Während zur gleichen Zeit des Vorjahres kaum 40 kg je Normalverbraucher ausgegeben werden konnten, sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt bereits im Mittel 100 kg je Normalverbraucher verteilt. Infolge des sehr unterschiedlichen Ernteertrages von Landkreis zu Landkreis, von Gemeinde zu Gemeinde und von Hof zu Hof konnte die Umlage an Speisekartoffeln nicht überall gerecht ausgewogen werden. Vereinzelt Eingriffe in die Saatgutreserven für den Kartoffelanbau 1948 waren daher nicht immer zu vermeiden. Eine rückläufige Bewegung im Kartoffelanbau müßte aber die Ernährungsschwierigkeiten noch vergrößern. Die Bereitstellung von hochwertigem Saatgut ist daher eine der wichtigsten Voraussetzungen im Kampf gegen den Hunger.

Der in den Schwarzwaldkreisen durch Züchtung und Vermehrung gewonnene Aufwuchs von Kartoffelpflanzgut reicht nicht aus, um besonders die Abbaugelände zu versorgen. Vielmehr können die sele-

17 Expeditionen zum Walfang  
BERLIN — Norwegen lehnte die Beteiligung Deutschlands am Walfang ab, da zu große Fänge den Walbestand zu Grunde richten, geht aus einer Mitteilung der norwegischen Militärmission in Berlin hervor. An der am 8. Dezember beginnenden Fangsaison nehmen danach 17 Expeditionen teil, so daß damit gerechnet werden kann, daß die internationale Höchstquote von 16 000 Blauwaleinheiten bereits vor Beendigung der Fangzeit erreicht wird. An den in diesem Winter ausfahrenden Expeditionen sind neun norwegische, vier britische, zwei japanische, eine holländische und eine sowjetische Flotte beteiligt.

tionierten und anerkannten Pflanzkartoffelbestände der Höhegebiete vorläufig nur im eigenen Gebiet verbreitet werden. Die Militärregierung hat daher in dankenswerter Weise eine größere Einfuhr von Pflanzkartoffeln aus dem Ausland sichergestellt. Es handelt sich um rund 11 000 t von bewährten frühen, mittelfrühen, mittelspäten und späten Sorten, die vornehmlich für die Gebiete der Rheinebene, aber auch für Teilgebiete des Oberrheins und der Seekreise bestimmt sind. Die bereits rollenden Pflanzkartoffeln werden sachgemäß eingelagert und kommen im Frühjahr 1948 zur Verteilung. Der Verteilungsplan wurde unter Berücksichtigung des Anbaus, der besonderen Bedürftigkeit, der Notstands- und Trockengebiete und der teilweisen eigenen Pflanzgutproduktion aufgestellt. Eine restlose Versorgung mit neuen Pflanzkartoffeln wird nicht in jedem Fall möglich sein. Ortsleistungsausschüsse und Bürgermeister sowie die für die Produktion verantwortlichen Landwirtschaftsämter sind verpflichtet, einen örtlichen Ausgleich der Saatgutreserven vorzunehmen. Grundsätzlich stehen jedem Erzeuger 2 t Saatkartoffeln je ha für die Fläche zu, die als Grundlage zur Berechnung seines Umlagesolls gedient hat. Vorgesehene höhere Saatkartoffelzuweisungen ermöglichen gleichzeitig die geforderte notwendige Erweiterung der Kartoffelanbaufläche 1948. Sollte wider Erwarten in vereinzelt Fällen die Saatgutreserve nach Erfüllung des Umlagesolls nicht ausreichen, müßte sofort der Fehlbedarf gewissenhaft und sorgfältig ermittelt und den Landwirtschaftsämtern angezeigt werden.

Den Erzeugern werden die Pflanzkartoffeln, die Speisekartoffeln für den Eigenbedarf unter Zugrundelegung einer Selbstversorgungsration von 225 kg je Person, ferner aller nicht für die menschliche Ernährung geeigneten Kartoffeln zur Fütterung für die Selbstversorgerschweine belassen. Durch diese Maßnahme kann der bäuerliche Betrieb und seine Familie als geschützt und gesichert gelten. Erzeuger und Verbraucher müssen wissen, daß alle erfassten Kartoffeln bis auf 8 000 t für die Besatzungsmacht, die in größerer Menge als Saatgut wieher importiert werden, der badischen Verbraucherschaft zur Verfügung stehen. Wer daher Kartoffeln, die ihm nicht zustehen, zurückbehält, wer Kartoffeln beiseite schafft oder in den Schwarzhandel bringt, ganz gleich in welcher Menge, versündigt sich an sich selbst und an seinem Volk.

## Nahrungsmittel aus Holland

gl. — Die Niederlande waren vor dem Krieg ein wichtiger Lieferant von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die besonders nach Deutschland ausgeführt wurden. In den bisherigen Monaten dieses Jahres konnte die Ausfuhr von Agrarprodukten im Vergleich zum Vorjahr wesentlich erhöht werden, doch war es noch nicht wieder möglich, den Vorkriegsstand zu erreichen. Für die ersten sieben Monate, von Januar bis Juli, liegen Zahlen vor. Insgesamt wurden in dieser Zeit für 235,1 Mill. hfl. landwirtschaftliche Erzeugnisse aller Art ausgeführt. Wertmäßig lag die Ausfuhr um 24 vH. über der Durchschnittsausfuhr der gleichen Monate der Jahre 1937/39. Der Menge nach entsprach dieser Export jedoch nur 26 vH. der Vorkriegsausfuhr.

Die Ausfuhr von Landbau-Produkten kam mit 77 vH. am nächsten an die Mengen in den Jahren 1937/39 heran, und hatte einen Wert von 120 Mill. hfl. oder 524 vH. des Vorkriegsausfuhrwertes, womit die starken Preisüberhöhungen der letzten Jahre zum Ausdruck kommen. Der holländische Ackerbau hat sich verhältnismäßig gut erholt und ist in zunehmendem Maße in der Lage, wieder Hülsenfrüchte, Saaten, Flachs, Kartoffeln und Kartoffel-Erzeugnisse auszuführen. Der Gartenbau hat gleichfalls wieder einen hohen Stand erreicht, doch wurde die Ausfuhr behindert, da Deutschland als Abnehmer ausgefallen ist. Im Jahre 1938 bezog Deutschland aus den Niederlanden 143 000 t Gartenbauzeugnisse, die vor allem von Westdeutschland aufgenommen wurden. In diesem Jahre haben die britische und amerikanische Militärregierung im Hinblick auf den Devisenmangel keine nennenswerten Käufe getätigt. Der Export an Gartenbauprodukten betrug daher in den ersten sieben Monaten 1947 nur 44 vH. der Vorkriegsausfuhr. Wertmäßig trat eine Steigerung auf 55,9 Mill. hfl. oder 194 vH. ein.

Die Ausfuhr vieh wirtschaftlicher Erzeugnisse,

die im Jahre 1938 unter anderem 80 863 t Butter, 58 175 t Käse, 152 074 t kondensierte Milch, 26 422 t Bacon und 80 017 t Eier umfaßte, wovon erhebliche Mengen nach Deutschland gingen, ist bisher erst in einem kleinen Umfang wieder in Gang gekommen, da die Viehwirtschaft, hauptsächlich infolge Futtermittelmangels, bei weitem noch nicht wieder den Vorkriegserzeugungsstand erreicht hat. Der Export an viehwirtschaftlichen Erzeugnissen betrug in den ersten sieben Monaten 1947 nur 8 vH. der Durchschnittsmenge der gleichen Monate 1937/39. Der Ausfuhrwert von 59,2 Mill. hfl. machte 48 vH. des Vorkriegsexportes aus.

## Uebergangsmaßnahmen beim Währungswechsel

### Ausgleich bei Löhnen und Gehältern

Zur Einführung der französischen Francwährung im Saarland gab die Informationsabteilung der französischen Militärregierung Saarbrücken einige aufschlußreiche Erläuterungen. Danach wird der französische Franc ab 20. November als offizielles Zahlungsmittel im Saarland eingeführt, jedoch behält die kürzlich gegen deutsche Reichsmark als Zwischenlösung im Saarland eingetauschte Saarmark vorläufig noch neben dem französischen Franc ihre vollkommene Gültigkeit. Preise für Nahrungsmittel und andere Bedarfsartikel werden ab 20. November in Francs umgewertet auch dementsprechend zur Auszeichnung gelangen, doch können Zahlungen hierfür sowohl in Franc als auch in Saarmark erfolgen, und zwar im Verhältnis des bereits bekanntgegebenen Umrechnungskurses von 20 Francs für eine Saarmark. Hiervon machen nach der bisherigen Bekanntgabe lediglich die Preise für Tageszeitungen im Einzelverkauf eine Ausnahme. Dieser Einzelverkaufspreis, der bisher 30 Pfennig pro Exemplar betrug, ist auf 5 Francs

pro Zeitung festgesetzt, um ihn auf gleiche Höhe mit dem Verkaufspreis für Franzosen zu bringen.

Bei den Lohnangleichungen, worüber die Verhandlungen mit den einzelnen Arbeitnehmergruppen der Gehalts- und Lohnempfänger noch im Gange sind, wird der Berechnungskurs aber wesentlich höher liegen, als 20 Francs für eine Saarmark, damit allen Lohnempfängern ein ausreichendes Existenz-Minimum gesichert bleibt. Als Beispiel wurde der zukünftige Lohn eines Hilfsarbeiters aus der Metallindustrie angeführt. Wenn dessen Stundenlohn sich, je nach der Teuerungsszone, bisher auf 90 Pfennig bis eine Mark belief, wird er zukünftig in Francwährung 34 bis 38,5 Francs pro Stunde betragen. Zur Existenzsicherung aller Lohnempfänger wird bis zur endgültigen Regelung der zukünftigen Lohnzahlungen allen Gehalts- und Lohnempfängern sofort ein entsprechender Vorschuß in Francs ausbezahlt, der je nach Einkunft bis zu 7000 Francs beträgt.

Wie glücklich lebten wir, bevor der Krieg Dich von meiner Seite riß und Du dem Tod Deinen Arm leihen mußtest! Du wirst an diese Zeit zurückdenken und Kraft aus diesem Glück schöpfen, selbst wenn es nur kurz war. Die wenigen Tage des Urlaubs vergingen wie im Fluge. Verräuchert war der Abschied, bang die Gedanken und hoffend. In tausend lieben Briefen warst Du mir nah, doch stand zwischen jedem die Frage: was könnte nach ihnen schon wieder geschehen sein? Dann fand das Morgen sein Ende, und ich wurde ruhig. Hatten ein gültiges Schicksal und meine schützenden Wünsche Dich mir erhalten, so müßtest Du nun kommen. Doch diese Ruhe war nur kurz, denn Monat um Monat verging, und Du kamst nicht. Nicht einmal eine Zeile aus Deiner liebenden Hand war mir vergönnt. Die letzten Jahre brachten viele Nachrichten aus fernen Ländern, — nur ich warte noch!

Alle Wege, Dich zu finden, führten ins Nichts. Weiß ich auch nichts von Dir, so glaube ich doch ganz fest an Dein Leben. In meiner Liebe fühle ich es. So trägt kein Gefühl. Und dieser Glaube lehrt mich das Warten, gibt immer mir Kraft und neue Mut. Mein Schicksal und mein Leben — was wäre sie ohne diese?

Der Tag mit seinen schweren und Anforderungen reißt mich dahin, doch bist in allem Du. Unser Kinder fragen nach Dir. Wie groß sie geworden sind, Elise ist fast so groß wie ich und Klaus ist ganz der Vati! Viel muß ich ihnen von Dir erzählen noch mehr aber fragen sie, wann Du wieder zu uns kommst. Schwer ist es und immer schwerer wird es, ihnen zu antworten.

Wo bist Du, wie liebst Du, bist Du gesund? Tausend Fragen reichen nicht aus, die ich Dir täglich stelle. Doch sie bleiben ohne Antwort. O wie schwer das ist, Liebster! Doch Du weißt ja um diese Schwere, ist sie Dir zu Eigen wie mir.

Ich will nicht klagen, und Du mußt Dir um mich keine Sorgen machen. Mutig baue ich mir ein Leben auf und erziehe unsere Kinder zu guten Menschen. Gemeinsam mit ihnen warte ich. Auf Dich! So geht die Zeit hin. Immer bist Du bei mir. Ist auch das Warten schwer, so liegt in ihm die Bitte an das Schicksal, Dich mir und den Kindern zu erhalten. Du mußt kommen! Was wären wir ohne Dich?

E. K.

## Im Nebel

Seltsam, im Nebel zu wandern,  
Einsam ist jeder Busch und Stein,  
Kein Baum sieht den andern,  
Jeder ist allein.

Voll von Freuden war mir die Welt,  
Als noch mein Leben licht war;  
Nun, da der Nebel fällt,  
Ist keiner mehr sichtbar.

Wahrlich, keiner ist weise,  
Der nicht das Dunkel kennt,  
Das unentrinnbar und leise,  
Von allen ihn trennt.

Seltsam, im Nebel zu wandern;  
Leben ist Einsamsein.  
Kein Mensch kennt den andern,  
Jeder ist allein.

Hermann Hesse

## Warte-Brief

Mein liebster Mann,  
nicht der erste Brief ist es, den ich Dir schreibe und es wird nicht der Letzte sein. Alle meine Gedanken, meine Liebe und Sehnsucht lege ich in

Olaf Hinz